

## **Pressemeldung**

**Subject:** Facharzt.de vom 28.9.05:

Ausschuss für Psychiatrie: Kinderpsychiater fehlen Praxisgründung nicht attraktiv

### **Ausschuss für Psychiatrie: Kinderpsychiater fehlen - Praxisgründung nicht attraktiv**

**Eine ambulante Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen ist in Sachsen-Anhalt vielerorts kaum möglich. Dies geht aus dem zwölften Jahresbericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung hervor, der am Mittwoch in Magdeburg an Landtagspräsident Adolf Spotka (CDU) übergeben wurde.**

Der Grundsatz "ambulant vor stationär" kann dem Bericht zufolge nicht eingehalten werden, da es viel zu wenig niedergelassene Fachärzte in diesem Bereich gibt. Dies führe zu langen Anmelde- und Wartezeiten, die sich insbesondere bei der Behandlung junger Patienten sehr nachteilig auswirken könnten.

"Es ist für einen Facharzt der Kinderpsychiatrie derzeit besonders unattraktiv, sich niederzulassen", sagte der Ausschuss-Vorsitzende Felix Böcker. Das müsse anders werden, damit der Missstand behoben werden könne. Zudem müsse auch in den Universitäten mehr Gewicht auf den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gelegt werden. Derzeit gebe es an keiner Universität in Sachsen-Anhalt einen Dozenten auf diesem Gebiet, kritisierte er.

Vor allem in den Landkreisen im Norden herrsche generell eine Unterversorgung bei der ambulanten nervenfachärztlichen Versorgung. In manchen Landkreisen stehe nur ein Arzt zur Verfügung, berichtete Alwin Fürle, der bis Mai 2005 dem Ausschuss vorstand. Auf der anderen Seite gebe es in Sachsen-Anhalt viel zu viele Heimplätze in viel zu großen Heimen. So gab es in Sachsen-Anhalt mit seinen rund 2,5 Millionen Einwohnern Anfang 2004 ebenso viele Heimplätze wie in Nordrhein-Westfalen, das rund 18 Millionen Einwohnern hat. Nach Einschätzung des Ausschusses wird es noch Jahre dauern, diese Fehlsteuerung zu beheben.

Derzeit gibt es im Land rund 8.000 Heimplätze für Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen. Hinzu kommen rund 20.000 Plätze in Altenheimen, die zu zwei Dritteln von alten Menschen mit psychischen Erkrankungen belegt werden.

Im Maßregelvollzug hingegen sei die stetig wachsende Zahl der Patienten Anlass zur Sorge. Die Zahl der Neueinweisungen überschreite die Zahl der Entlassungen um ein Vielfaches, sagte Böcker. In der Klinik für Forensische Psychiatrie in Uchtspringe kämen auf 210 Betten derzeit 299 Patienten. Unter solchen Bedingungen sei eine effektive Therapie, die zur Entlassung des Patienten führe, kaum möglich, kritisierte Böcker.

Der Maßregelvollzug diene der Behandlung von psychisch erkrankten Straftätern und dem Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten, betonte Böcker. Allerdings seien heute die Hürden für eine Entlassung sehr hoch. Es fehle oftmals der Mut, Menschen auch wieder zu entlassen. "Heute wird ein Patient im Maßregelvollzug lieber weiter zu Unrecht und auf Kosten der Allgemeinheit untergebracht", sagte Böcker. Er forderte den Aufbau eines flächendeckenden regionalen Nachsorgenetzwerks mit Partnern vor Ort, damit der Übergang für die Patienten leichter zu bewältigen sei.

Wie viele Menschen in Sachsen-Anhalt an einer psychischen Störung litten und Versorgung bräuchten, sei schwierig zu schätzen, sagte Böcker. Er gehe davon aus, dass 40 Prozent aller Menschen irgendwann im Laufe ihres Lebens an einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung erkrankten.